

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Beamten im Postamt Nr. 179 Markt. Bestellungen nehmen die Anzeiger und die Anzeiger-Verwaltung entgegen. — Preisliste nachfolgend. — Anzeiger-Verwaltung: Markt Nr. 179, Markt. — Anzeiger-Verwaltung: Markt Nr. 179, Markt.

Abonnement: Die Anzeiger-Verwaltung für das Erzgebirge, Markt Nr. 179, Markt. — Anzeiger-Verwaltung: Markt Nr. 179, Markt. — Anzeiger-Verwaltung: Markt Nr. 179, Markt.

Nr. 278

Donnerstag, den 30. November 1922

17. Jahrgang

Die Gefahren des Winters.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die aufregenden Geschehnisse in der äußeren und inneren Politik der letzten Wochen haben uns nicht zu ruhiger Betrachtung unserer nächsten Zukunft kommen lassen. Die jetzt eingetretene kurze Pause vor der Brüsseler Konferenz und nach der Bildung des neuen Kabinetts sollte deshalb ausgenutzt werden, um in aller Ruhe die ungewisselhaft starken Gefahren der nächsten Wintermonate nicht nur ins Auge zu fassen, sondern auch rechtzeitig abzuwehren zu versuchen. Es sind zunächst außenpolitische Gefahren. Die Antwort der Reparationskommission auf die letzte Note Dr. Wirths vom 13. November, die bekanntlich in aller Form vom neuen Kommissar Cuno anerkannt worden ist, steht noch aus. Nach allem, was man hört, wird sie nicht sehr günstig ausfallen. Das hängt zusammen mit dem Stimmungsumschwung in Frankreich, der wieder einmal ganz auf die Zwangs- und Pfänderpolitik Poincarés hinausläuft und Programme vorbereitet, die in London und Brüssel den Alliierten zur Beratung und Billigung vorgelegt werden sollen. Ob der Stimmungsumschwung tatsächlich auf Enttäuschungen darüber zurückzuführen ist, daß der neue Reichskanzler die Politik nicht in neuen Bahnen, sondern auf den Wegen Dr. Wirths weiterführen will und ob wirklich dem französischen Vorschlag der Reparationskommission Barthou bei seiner Anwesenheit in Berlin von unverantwortlichen Stellen weitgehende Versprechungen gemacht worden sind, die sich nun nicht erfüllen, das mag alles dahingestellt bleiben. Jedenfalls würde selten ein so klarer Wind in Frankreich als gegenwärtig. Und auch in England ist durch den Wahlsieg und die neue Regierung keine günstigere Stimmung für Deutschland hochgekommen. Es ist bezeichnend, daß sich der englische Ministerpräsident ausdrücklich volle Freiheit in den Reparationsfragen vorbehalten hat und damit auch die Möglichkeit, in den schwierigen Orientierungsfragen mit Frankreich und Italien das Reparationsproblem als Handelsobjekt zu benutzen. Nimmt man hinzu, daß verschiedene Äußerungen des neuen italienischen Ministerpräsidenten Mussolini die Verschärfung der deutschen Forderungen und den festen Vorsatz betonen, auch für Italien möglichst viel aus den Reparationen herauszuschlagen, so ergibt sich eine allgemeine Verschärfung der außenpolitischen Lage für Deutschland, die die neue Reichsregierung nicht nur zu vorsichtiger, sondern auch zu energischerem und schnellerem Handeln antreiben muß. Nichts wäre gefährlicher, als die alte Politik des Gehens und Geschehens, wie sie unter Wirth abläuft, geworden war, jetzt weiter zu betreiben.

Das darf schon darum nicht geschehen, weil auch die innenpolitische Lage dringend zu schneller und energischer Maßnahmen der Reichsregierung auffordert. Hier sind Teuerung und Hunger die bedrohlichsten Feinde unserer nächsten Zukunft. Infolge der fortgesetzten Geldentwertung sinken alle Preise für Lebensmittel und tägliche Bedarfsartikel in mahnender Höhe und stützen immer breitere Schichten der Bevölkerung in Sorge und Not. Was zur wirksamen Bekämpfung der gemeingefährlichen Preissteigerung und des verbrecherischen Wuchers gesetzgeberisch und mit Hilfe der Polizei geschehen kann, muß unverzüglich und mit rücksichtsloser Geschäftigkeit durchgeführt werden. Aber leider sind die hohen Preise und die allgemeinen Notstände nicht allein durch verbrecherische Preispolitik verursacht, sondern auch durch Annappe der Vorräte die preissteigernd wirkt. Die Brotgetreideernte hat wegen des Vorjahres einen Winterertrag von 20 Prozent und mehr erbracht. Die Ablieferung des Umlagegetreides macht deshalb und aus innenpolitischen Gründen regierungsgegnerischer Handwirte große Schwierigkeiten. Noch ist das erste Drittel der ausgeschriebenen Umlage bei weitem nicht herein, und schon wird angefordert, daß das zweite und das dritte Drittel noch schneller zur Ablieferung zu bringen sein werde. Und doch hängt davon die Brotversorgung des deutschen Volkes für diesen Winter ab. Denn wenn auch die im Ausland geernteten und bereits dem größten Geldbedarf von 2 Milliarden Tonnen Getreide eingekauft werden können, muß das Umlagegetreide der heimischen Landwirtschaft in voller Höhe hinzukommen, um die Versorgung sicher zu stellen. Natürlich werden keine Gewaltmaßnahmen die Handwirte nicht ablieferungsfähiger machen. Man muß ihnen vielmehr in der Bezahlung und in der Lieferung künftigen Längers einen Anreiz geben, der ihnen die Erfüllungspflicht erleichtert. Es ist höchste Zeit, daß das Reich dem Wägen einiger Länder in dieser Richtung nachsteht und Anreize trifft, um das noch ausstehende Umlagegetreide sicher und schnell herbeizubringen. Die deutsche Landwirtschaft aber muß sich härter als bisher bewußt werden, daß das Leben, was sie mit der Schwer-

ablieferung zu bringen hat, unerlässliche vaterländische Pflicht ist.

Sehr bedauerlich ist mit der Fleisch- und Milchversorgung der Bevölkerung auch. Durch den Mangel an Kraftfuttermitteln ist sowohl Zahl und Beschaffenheit der Schlachttiere wie Milchproduktion ganz erheblich zurückgegangen. Die Einfuhr ausländischer Geflügelfleisches macht durch die fortgesetzte Untwertung der Mark immer größere Schwierigkeiten und hebt heute schon den Preis des Geflügelfleisches auf dieselbe Höhe wie den des Schweinefleisches. Die Geflügelkosten für Milch aber sind auch noch uninteressierten Sachverständigen gutachten aus einer Höhe gestiegen, die dieses für Kinder, Kranke und Greise unentbehrliche Nahrungsmittel unerträglich macht. So bleibt als einziger Trost die gute Kartoffelernte, die in diesem Jahre mindestens um die Hälfte größer ist als im Vorjahre. Alles kommt darauf an, daß die Möglichkeiten zu rechtzeitiger und ausreichender Einbindung der Bevölkerung mit Winterkartoffeln geschaffen werden. 85 Prozent der Winterversorgung soll sich bereits in den Händen der Verbraucher befinden; aber die noch fehlenden 15 Prozent müssen schnellstens herbeschafft werden, wenn keine Ernährungsnotkatastrophe eintreten soll.

Zweifellos warten kommunistische und syndikalistische Führer mit Ungeduld auf den Eintritt größerer Ernährungsnotlagen, um durch Rufe die unzufriedenen Massen zu Herbeijungeln zu treiben. Der vorwichtige Berliner Betriebsrätekongress ließ deutlich erkennen, wo die Rufe hingehen soll. Hier ist es notwendig, beiseite mit allem Nachdruck politische Vorkehrungen zu treffen, daß die Dehaposel nicht auf ihre Rechnung kommen. Unrechtmäßig Nachhilfe kann leicht gefährlich werden.

Abschwächung der französischen Drohungen.

Der „Petit Parisien“ gibt eine Reihe beachtlichen Angaben über den Inhalt der Verhandlungen am Obsee. Danach hat es sich nicht um Beschüsse, sondern lediglich um Anregungen und Beratungen gehandelt, vor allem um die möglicherweise notwendige Befestigung des Ruhrgebietes. Am Montag ist über diesen Punkt eine Note des Marschalls Foch verlesen worden. Man hatte gleichzeitig wirtschaftliche Anregungen zur Kenntnis genommen, die aus Anlaß derselben Planes von dem Generaldirektor der französischen Gruben Cote dargelegt worden sind. Das einzige — probatorische — Ergebnis dieser Beratung scheint gewesen zu sein, daß man erkannte, die wirtschaftliche Seite bedürfte noch erheblicher Klärung, obwohl sie bereits gründlicher durchgeprüft sei, als vor 1 1/2 Jahren. Infolgedessen hat sich Herr Cote gemeinsam mit seinen Mitarbeitern sofort an die Arbeit gemacht, die voraussichtlich die nächste Woche andauern wird. Eine Reihe von Fragen hinsichtlich der Befestigung der Ruhr ist noch nicht geklärt, zunächst, ob diese Befestigung in einer oder drei Etappen vor sich gehen soll; ferner, ob die französischen Gruben des Ruhrgebietes ausgebaut werden sollen, oder ob man sich damit begnügt, dieses Industriegebiet einfach in Besitz zu nehmen, um einen Druck auf die deutschen Großindustriellen auszuüben. Die französische Regierung denkt aber nicht daran, die Initiative zur Durchföhrung ihres Planes zu ergreifen, bevor sie sich nicht in Brüssel oder anderswo mit den Alliierten ausgesprochen hat.

Des Appell der Rheinlandspreste zu einmütiger Abwehr.

Die Kölner Blätter wenden sich mit Entschiedenheit gegen die französischen Rheinlandpläne. Die Rheinische Zeitung zitiert die von dem neuen Reichskanzler ausgenommenen Worte Rathenaus: Die Regierung wird niemals bereit sein, befestigt deutsches Gebiet, die Rheinlande oder die Pfalz oder das Saargebiet, freizugeben, ihre Befestigung zu gestatten oder auch nur um einen Tag hinauszuschieben zu lassen. Hierzu bemerkt das Blatt: Das soll ein Wort sein, und wir am Rhein wollen hoffen, daß dieses Wort wahr bleibt.

Auch die Rheinische Volkshaltung, das Organ des Zentrums, erteilt der französischen Politik eine unbedingte Abföhr. Sie weist die Behauptung der französischen Regierung von einem angeblichen bösen Willen Deutschlands zurück und wendet sich gegen die unwahre Behauptung: Das Rheinland den Rheinländern. Der Artikel schließt mit dem Rufe: Deutsche Weibervater des Rhein! Schließt sich die Einheitsfront! Hört mit allem innern Haberdier und treuen Willen, ja! auf Gvanti beiken!

Der Athener Ministerford.

So sehr man sich bemüht, die ersten Anzeichen zu glauben, die von der Schändung des Athener Offiziersregierung, von der handreichlichen Hinrichtung der Minister des früheren griechischen Kabinetts berichten — die Bestätigung dieser Tatsache ist inzwischen eingetroffen, und sie erweist sich als ein Beweis für die Empörung der ebenso hardtische wie unerschrockene Tat. Ein gegenwärtiger Anzeichen in Athen sind die Offiziere der geschlagenen politischen Kräfte, die um ihre unerschrockene Unfähigkeit gegenüber den Dürren zu bemerken, in der Heimat eine Umföhrungswegung entfachten, in der sie unter dem Redemantel einer nationalen Erhebung sich selbst an die leitenden Stellen und zugleich in persönliche Sicherheit brachten. Von dem Erfolg ihrer hergebrachten Organisierung des nationalen Widerstandes zum Schutze von Thrasos hat man bisher wenig erfuert. Wohl aber haben sie in Athen eine Deklaration aufgestellt, deren handbare Durchführung das Urteil gegen die früheren Minister und seine Vollziehung ist. Allenfalls in der Welt ist die Empörung über diese Schändung bereits zum Ausdruck gekommen, und die erste Regierung hat sich die englische Beistütze, ihren Vertreter aus Athen zurückzurufen. Man darf wohl glauben, daß sie dazu nicht nur durch ihren Willen, sondern durch die Veranlassung worden ist, sondern auch ein wenig durch die Erkenntnis, daß sie es nötig hat, sich gegen die Sozialisten zu wenden, die in Verbindung mit dieser Tat gegenüber dem Spol der englischen Politik nicht ausbleiben würde. Dieses Spol ist ohne Zweifel ein etnem Teil der Umlage für die Athener Erhebung gewesen, wenn damit auch nicht der Hauptteil eines Gewinns von der ungeheuerlichen Schuld des griechischen Infanteriments genommen wird.

Die Charaktere der Ermordeten.

Eines Habameldung aus Athen zufolge sind den berühmtesten griechischen Ministern außer der Todesstrafe folgende Geldstrafen auferlegt: Sunaris 200000 Drachmen, Stratos 350000 Drachmen, Protapadakis 500000 Drachmen, Baltagi 1 Million Drachmen, Theotolis 1 Million Drachmen und endlich Admiral Gondas 800000 Drachmen. Andeutungsweise heißt es, daß die angelegten Minister vor allem wegen ihrer früheren Dewtschfreundlichkeit vor Gericht gestellt worden seien. Das ist ganz unklar. Einzelne der Dingerichteten, wie Stratos und Baltagi, waren sogar ausgesprochene Parteimänner der Entente.

Von den Dörfern gehörten die Minister Sunaris und Theotolis zu den bekanntesten Politikern Griechenlands. Sie waren beide wiederholt Chef der griechischen Regierung und haben eine sehr lange Ministerlaufbahn hinter sich gehabt, während der sie sehr oft vom griechischen Volke als musterghätige Patrioten gefeiert worden sind. Dies gilt besonders von Sunaris, der lange Zeit als der stärkste Charakter in Griechenland galt. Rechtsanwalt von Beruf, hatte er in Vethyq studiert und sprach fließend Deutsch, weshalb er während des Krieges von der Entente und den Venezianern als Germanophile abgestempelt wurde. Er war eine Span- und Wirtschaftsauctorität der griechischen Kammer und der treueste Anhänger König Konstantin.

Das Riesendefizit der Reichspost.

Ein Fernbrief zunächst 25, dann 50 Mark!

Wie die Tel.-Union berichtet, ist der Verkehrsbeitrag beim Reichspostministerium zusammengetreten, um zu den neuesten Vorlagen der Reichspostverwaltung über eine Geböhrenerhöhung Stellung zu nehmen. Bei dem Vorschlag der Reichspostverwaltung handelt es sich wieder um einen 100prozentigen Zuschlag mit einigen Abweichungen nach oben und unten. Für die Briefe im Direktverkehr sind Geböhrensätze von 10, 15 und 25 Mark vorgesehen. Für die Fernbriefe wird eine Geböhre von 25 Mark, für die Fernbriefe der höheren Gewichtsklassen aber 20 bis 100 Gramm und über 100 bis 250 Gramm eine solche von 35 und 45 Mark vorgeschlagen. Die Druckschriften soll künftig 5 Mark, die Fernpostkarte 15 Mark kosten. Pakete bis zu 5 Kilogramm sollen in der Kategorie 125 Mark, in der Kategorie 250 Mark kosten.

Bei den Fernbriefgeböhren sollen die Grundgeböhren für die Hauptanschlüsse unverändert gelassen die Orts- und Fernspreckgeböhren dagegen auf den doppelten bis 2 1/2fachen Satz gesteigert werden. In der der Vorlage beigefügten Begründung heißt es: Der Geböhrebeitrag der Reichspostverwaltung beträgt augenblicklich 75 Milliarden Mark und wird für 1923 auf rund 200 Milliarden Mark angesetzt. Eine Veränderung des Etats wird durch diese neuen Geböhrenanhebungen nicht erreicht. Eine